Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

am Dienstag, den 24.01.2017

im Angletsaal, Kulturzentrum am Karlsplatz

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	20:00 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Mitglieder des Stadtrates

Beyer-Nießlein, Elke	
Bock, Dieter	
Bucka, Markus Dr.	
Deffner, Thomas	
Denzlinger, Stefan	
Enzner, Gerhard	
Fabi, Markus	
Forstmeier, Werner	
Frauenschläger, Elvira	
Fröhlich, Uwe	abwesend bei Beschluss TOP 3b nö
Gowin, Michael	
Hillermeier, Joseph	
Höhn, Sebastian	
Homm-Vogel, Elke	
Hüttinger, Hannes	
Illig, Richard	
Kernstock-Jeremias, Kerstin	
Koch, Helga	
Krettinger, Beate	
Kupser, Paul Dr.	
Link, Gert	abwesend ab TOP 3b nö
Lintermann, Jochen	
Meyer, Boris-Andrè	
Müller, Hubert	abwesend bei Beschluss TOP 2 nö
Porzner, Martin	
Raschke-Dietrich, Monika	
Reisner, Frank	
Sauerhammer, Gerhard	

Sauerhöfer, Jochen	
Schaudig, Otto	abwesend bei Beschluss TOP 2 nö
Schober, Manfred	
Schoen, Christian Dr.	abwesend ab TOP 3b nö
Seiler, Friedmann	abwesend bei Beschluss TOP 3 ö
Sichermann, Paul	
Stephan, Manfred	
von Blohn, Christine Dr.	abwesend bei den Beschlüssen von TOP 3+4 ö

Schriftführerin

Jakob, Barbara

Verwaltung

Albrecht, Christoph	
Ziegler, Anne	
Zobel, Gerhard	für TOP 3b NÖ

Referenten

Büschl, Jochen
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger

Weitere Anwesende
Von der Hochschule Ansbach:
Frau Präsidentin Prof. Dr. Ute Ambrosius – für TOP 1
Herr Prof. Dr. Sascha Müller-Feuerstein – für TOP 1

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Hayduk, Ingo	entschuldigt
Salinger, Stefan	entschuldigt
Schalk, Andreas	entschuldigt
Schildbach, Uwe	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Entwicklung der Hochschule Ansbach auf dem Gelände der Barton Baracks in Ansbach

TOP 2 Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2014 - 2020)

TOP 3 Benennung von Delegierten und Gästen für die 39. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

TOP 4 Haftpflichtschaden Fa. Südfleisch GmbH;
überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Zahlung der Selbstbeteiligung

TOP 5 Robert-Limpert-Stele vor dem Rathaus; Vorstellung des Entwurfs

TOP 6 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 7 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Stadtrates geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Frau OB Seidel bittet um Absetzung von TOP 5 „Robert-Limpert-Stele vor dem Rathaus; Vorstellung des Entwurfs“, da Frau Schlieker heute nicht da sein kann und auch der Ortstermin nicht stattgefunden habe.

Hiermit besteht Einverständnis.

Herr Forstmeier stellt den Antrag zur Geschäftsordnung den nichtöffentlichen TOP 3b öffentlich zu behandeln.

Herr Kleinlein teilt mit, dass man sich vorab überlegt habe, ob der Antrag öffentlich oder nichtöffentlich zu behandeln sei. Man habe sich für nichtöffentlich entschieden, da es Bezüge zum Jahresabschluss und zum Lagebericht ANregiomed gebe und dies nichtöffentliche Dokumente seien.

Frau OB Seidel teilt mit, dass das Ergebnis des Beschlusses von TOP 3b im Nachhinein ja öffentlich gemacht werden könne.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Entwicklung der Hochschule Ansbach auf dem Gelände der Barton Baracks in Ansbach

Frau OB Seidel begrüßt Frau Präsidentin Prof. Dr. Ambrosius und Herrn Prof. Dr. Müller-Feuerstein.

Die Hochschule habe sich in den letzten 20 Jahren sehr dynamisch entwickelt. In Bälde stünde nun eine große Fläche, das Gelände der Barton Barracks, zur Verfügung. Hieraus könne sich eine große Chance für die Entwicklung der Hochschule ergeben und das Wachstum bringe auch wichtige Impulse für die Stadt Ansbach mit.

Herr Büschl informiert weiter, dass das Campusgelände ausgereizt sei. Es sei kaum mehr bauliches Entwicklungspotential vorhanden. Es biete sich daher an, das Gelände der Barton Barracks zu nutzen. Dieses sei rund 14 ha groß und die Abzugsperspektive der US-Armee für 2021 sei bereits verkündet worden. Einige Bereiche stünden sogar bereits leer. Die Stadt Ansbach werde ein sog. Erstzugriffsrecht eingeräumt bekommen und stehe auch bereits in Kontakt mit der den Bund vertretenden Behörde (BIMA).

Frau Prof. Dr. Ambrosius bedankt sich für die Gelegenheit heute die Überlegungen zur Weiterentwicklung der Hochschule Ansbach vorstellen zu dürfen. Aus Sicht der Hochschule biete sich hier eine einmalige Chance, um eine Erweiterung vorzunehmen, die auch über eine längere Zeit Zukunftsperspektiven biete.

Sie erklärt anhand einer Präsentation, wie sich die Hochschule seit 1996 entwickelt habe:

1996 habe man mit 85 Studierenden begonnen. Die Nutzfläche betrug ca. 11 ha und war für ca. 1000 Studierende geplant (damals noch ausgerichtet auf Lehre ohne Forschung und Weiterbildung).
2012 lag die Studierendenzahl bei ca. 2500 und es fand eine Erweiterung um gut 1 ha Nutzfläche statt.
2016 hatte man nun knapp über 3000 Studierende, 70 Professuren und 218 Mitarbeiter/-innen

Seit 2012 wurden die Bereiche Forschung und Weiterbildung ausgebaut:

- Steigerung der Zahl der Drittmittelprojekte und damit der Zahl der Projektmitarbeiter/-innen
- Erhöhung der Zahl der Service-Mitarbeiter
- Bedarf an Forschungsflächen drastisch gestiegen, zur Zeit werden Labore für Forschung und Lehre gleichermaßen genutzt →Engpässe

Frau Prof. Ambrosius weist darauf hin, dass weitere Studierende (z.B. Medien oder Master) schon aus Gründen des Platzmangels nicht mehr aufgenommen werden können.

Sie teilt mit, dass das Profil der Hochschule Ansbach aus 3 wichtigen Säulen bestehe: Wirtschaft – Technik – Medien

Besonders den Bereich „Medien“ möchte man künftig weiter ausbauen:

Ausgangslage sei, dass man derzeit mehr als 3.000 Studierende habe. Es gebe eine hohe Nachfrage in den medienorientierten Studiengängen, daher sei die Einrichtung einer neuen Fakultät Medien mit innovativen Schwerpunktthemen notwendig - auch wegen des zusätzlichen Platzbedarfes. Auch der Ausbau der Angebote im Master-Bereich sei ihrer Meinung nach notwendig und auch bereits geplant, am jetzigen Standort sei dies wg. Platzmangels allerdings nicht möglich, denn dort herrschen äußerst beengte Verhältnisse.

Ziele seien es, die Medienkompetenz in Ansbach und der Region stärken, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen, eine akademische Bildung für heterogene Zielgruppen zu ermöglichen, lebenslanges Lernen als Option für alle Bereiche zu installieren, innovative Lehr- und Lernformate zu nutzen und akademische Bildungsangebote und digitale Innovationen für KMU besser nutzbar zu machen.

Dies erfordere neue Studienstrukturen und räumliche Gegebenheiten, die am jetzigen Standort nicht umgesetzt werden können.

Das „Zentrum Digitale Medien“ (ZDM) beinhalte die Themenfelder Digitale Innovation, Kommunikation, Film und Interactive.

Innovative Studiengänge, Future Labs, User Experience Center und Event Center müssen für Studium, Forschung und Transfer eingerichtet werden.

Hierfür sei es notwendig, die vorhandenen Kompetenzen auszubauen, und innovative Studien- und Forschungsfelder einzurichten. Man brauche einen starken Bezug zu den regionalen KMU und müsse die Attraktivität für die Bürger/-innen erhöhen. Außerdem müsse man die Bürger/-innen und die Schulen mehr einbeziehen. Die Hochschule wäre dann auch attraktiv für den Tourismus.

Innovative Studienformate seien:

- Bachelor-Studiengänge: Fokus Digitale Medien
- Master-Studiengänge: Fokus Medien, Gesellschaft, Kultur
- Master-Studiengänge: Fokus Management, Branchen / International
- Fokus KMU: Ausbildungsintegriertes Bachelor – Angebot im Blockmodell
- Innovative Lehr- und Lernformen

Frau Prof. Dr. Ambrosius sieht in der Erweiterung der Hochschule auch Chancen für die Stadtentwicklung, aber dies sei den Stadträten ja bekannt.

Sie erläutert anhand einer Folie wie die beiden Standorte dann künftig organisiert seien könnten:

Sie macht deutlich dass es sehr erfreulich wäre, wenn in diesem Zusammenhang auch hochschulnahe Gewerbeansiedlung (Start-Ups) möglich wären und man „Wohnen und Leben am Campus“ verwirklichen könnte. Dies seien sehr interessante und wünschenswerte Themenfelder.

Herr Albrecht ergänzt, dass sich die hochschulnahen Gewerbeansiedlungen in den letzten Jahres als sehr gutes Instrument zur Verzahnung der Hochschule mit dem Standort/der Region gezeigt haben. Deshalb möchte er noch ein paar nähere Ausführungen dazu machen:

Die hochschulnahen Gewerbeflächen seien gedacht für Ausgründungen aus Instituten und Unternehmen, Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen, Hochschulen und jungen Unternehmen. Außerdem soll hierdurch eine bessere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis sichergestellt werden und eine schnelle Markteinführung neuer Technologien und Innovationen.

Eine Aufwertung würde es auch durch Synergien und gemeinsame Begegnungsstätten geben. Hier führt er als Beispiele eine gemeinsame Mensa/ Cafeteria und Eventflächen mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten an. Weitere Synergien würden durch eine Coworking-Umgebung entstehen.

Er weist auch darauf hin, dass sich ein Gesamtkonzept für das unternehmerische Wachstum mit Einbezug der Flächen und Angebote im TIZ ergeben würde.

Die Anforderungen für die hochschulnahen Gewerbeflächen seien:

- ein Flexibles Raumangebot und eine unmittelbare Verzahnung mit der Hochschule Ansbach
- eine Testumgebungen und „Spielwiesen“ für die Entwicklung von Prototypen und Vorserien
- eine Fokussierung auf die Disziplinen auf dem Campus
- die Schaffung von guten Finanzierungsbedingungen für kapitalintensive Unternehmensgründungen
- der Aufbau einer innovationsfreundlichen und gründerfreundlichen Grundhaltung in Ansbach - Begeisterung bei Unternehmen, Schulen, Bürgern und Verwaltung wecken

Herr Büschl teilt mit, dass der Campus durch die Kombination mit „Wohnen und Leben am Campus“ sehr offen und lebendig werden soll, z.B. durch die Errichtung eines Boardinghouse. So etabliere sich Leben am Campus.

Frau OB Seidel ergänzt, dass man also sehen könne, dass sich die Stadt Ansbach bereits mit den Wünschen der Hochschule auseinandergesetzt habe. Sie bedankt sich bei Frau Prof. Dr. Ambrosius für den Vortrag.

Herr Sauerhöfer teilt mit, dass sich die CSU freuen würde, wenn die Hochschule das Gelände nutzen könnte. Es wäre auch schön, wenn die innenstadtnahen Gewerbegebiete nicht nur für die Hochschule, sondern auch für andere Gewerbetragende zur Verfügung stünden und man zusätzlich eine Wohnbebauung verwirklichen könnte.

Herr Seiler teilt mit, dass sich auch die ÖDP sehr freue, wenn es klappen sollte. Weitere Wohneinheiten wären Wünschenswert. Er erkundigt sich, ob die Planungen schon mit dem Wissenschaftsministerium abgesprochen seien.

Frau Prof. Dr. Ambrosius erwidert, dass dem Ministerium bereits bekannt sei, dass Interesse besteht, aber man habe noch nichts Genaues abgesprochen. Man wollte die Lage erstmal intern abklären und die Meinung des Stadtrates einholen. Wenn der Stadtrat

das Vorhaben unterstütze, werde man sich mit der konkreteren Idee an das Ministerium wenden.

Herr Illig teilt mit, dass auch seine Fraktion das Vorhaben außerordentlich begrüße. Ansbach entwickle sich langsam zu einem Hochschulstandort. Es sei wichtig die Studenten zu integrieren, gerade wenn sie in eigenen Studentensiedlungen leben, um eine Ghettobildung zu vermeiden. Auch die Verkehrsanbindung zwischen den beiden Standorten und dem TIZ sei wichtig. Er sei auch der Meinung, dass man bei den Geschäftsansiedlungen nicht nur die Hochschule, sondern auch andere Interessenten berücksichtigen sollte.

Herr Büschl antwortet, dass die verkehrliche Verbindung zwischen den Standorten kein Problem sein sollte. Man sollte dies künftig natürlich auch in ein integriertes Mobilitätskonzept einbinden. Es sei auch im Sinne aller Beteiligten, dass eine offene Campus-Atmosphäre entstehe. Aber durch die Größe des Areals könne dort einen neuer Stadtteil entstehen, welcher nicht nur aus studentischem Wohnen bestehe.

Herr Meyer teilt mit, dass seine Fraktion das Vorhaben ebenfalls voll unterstütze. Man sollte auch andere Kasernen dafür nutzen. Er erkundigt sich, wie nun das weitere Vorgehen mit der BIMA sei und wofür das Geld verwendet werde, das bereits im Haushalt eingestellt sei.

Herr Büschl informiert, dass das „Übergabeprozedere“ durch die USA an den Bund bzw. die BIMA erst noch stattfinden müsse. Ein genauer Zeitpunkt sei nicht bekannt. Erst dann können BIMA und Stadt miteinander näher verhandeln. Wenn der Zeitpunkt einmal feststehe, ab dem das Erstzugriffsrecht eingeräumt wird, habe man rund ½ Jahr Zeit, um die Vorstellungen zu konkretisieren. Es werde dann anschließend wohl ein gemeinsames Gutachten über den Verkehrswert des Areals erstellt.

Die bereits eingestellten Haushaltsmittel sollen für die Struktur- oder Rahmenplanung sein, z.B. um die Idee zu konkretisieren und noch stärker auf das Areal und die Gegebenheiten zuzuschneiden. Das Risiko bzw. die Herausforderung dabei seien, dass die Datengrundlage derzeit noch sehr dürftig sei.

Frau Homm-Vogel teilt mit, dass auch die Freien Wähler die Idee für eine tolle Idee halten. Das Vorhaben werde Ansbach weiter voran bringen und Ansbach werde dadurch eine digitale und jüngere Stadt. Sie habe dann ein Alleinstellungsmerkmal.

Herr Stephan teilt mit, er könne sich vorstellen, dass das Gelände auf Grund der Wahlen in Amerika auch schon früher frei werden könnte. Er erkundigt sich daher, wann man frühestens bereit sei um loszulegen. Zudem fragt er nach, welche Fläche von den 14 ha für die Hochschule benötigt werde und welche Kosten anfallen würden.

Frau Prof. Dr. Ambrosius bringt zum Ausdruck, dass sie sich sehr über die positive Resonanz freue. Sie macht deutlich, dass man mit „der Stadt im Rücken“ nun intensiv mit dem Thema auf das Ministerium zugehen werde. Sie bittet hier auch um Unterstützung und darum, alle bestehenden Verbindungen zu nutzen, um das Thema voranzubringen. Aus Sicht der Hochschule könnte man sofort loslegen. Natürlich seien auch Ressourcen erforderlich, im Prinzip sei es aber sehr schnell umsetzbar.

Frau OB Seidel fügt hinzu, dass man das Vorhaben nun auf dem Papier konkretisieren werde und dieses dann möglichst rasch an die Ministerien herantragen werde. Auch die Abgeordneten aus Stadt und Region werde man bitten, das Projekt mit auf die Schultern zu nehmen. Sie teilt auf die Frage von Herrn Stephan mit, dass schon ein Großteil der Fläche für die Hochschule benötigt werde.

Herr Porzner teilt mit, dass auch die SPD die volle Unterstützung zusage.

Herr Forstmeier ist der Meinung, dass dieses Thema auch Bestandteil der neuen Stadtentwicklungsgesellschaft sein sollte. So könne man dieses mit noch mehr Power vorantreiben.

Herr Deffner betont nochmal die Wichtigkeit des städtebaulichen Aspektes. Die CSU wird das Projekt sehr gerne unterstützen.

Frau OB Seidel teilt abschließend mit, dass sie sehr erfreut über den Konsens und die Begeisterung sei und bedankt sich bei allen Fraktionen für die Unterstützung des Vorhabens und schlägt folgenden Beschluss vor:

Beschluss:

Der Stadtrat begrüßt das von der Hochschule vorgestellte Entwicklungsszenario eines "Campus Zukunft" und spricht sich für dessen zeitnahe Umsetzung aus.
Das Areal soll zu einem lebendigen, offenen Stadtteil mit hochschulnahem Gewerbe, Dienstleistungen und Wohneinrichtungen entwickelt werden.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2014 - 2020)

Herr Nießlein berichtet, dass der HFWA einstimmig empfohlen habe, dass Herr Jochen Ehnes und Frau Andrea Kaiser als neue beratende Mitglieder zu bestellen sind.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des HFWA vom 17.01.2017:

Herr Jochen Ehnes und Frau Andrea Kaiser werden als neue beratende Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Benennung von Delegierten und Gästen für die 39. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

Herr Nießlein berichtet, dass es eine einstimmige Empfehlung des HFWA gebe. Die stimmberechtigten Delegierten sollen von SPD und CSU und die Gastdelegierten sollen von BAP und ÖDP gestellt werden.

Folgende Personen wurden von den Fraktionen benannt:
Herr Reisner, Herr Schaudig, Frau Raschke-Dietrich und Herr Forstmeier.

Beschluss:

Für die 39. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 30.05. bis 01. Juni 2017 in Nürnberg werden folgende Delegierte und Gäste benannt:

Stimmberechtigte Delegierte SPD und CSU:
Herr Reisner und Herr Schaudig

Gastdelegierte BAP und ÖDP:
Frau Raschke-Dietrich und Herr Forstmeier

Einstimmig beschlossen.

TOP 4	**Haftpflichtschaden Fa. Südfleisch GmbH; überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Zahlung der Selbstbeteiligung**

Herr Nießlein berichtet, dass das Verfahren wegen Schadenersatzforderungen der Fa. Südfleisch GmbH wegen rechtswidriger Genusstauglichkeitsbescheinigungen mit einem Vergleich abgeschlossen wurde.

Die bisherigen Leistungen in diesem Fall durch die Versicherungskammer Bayern betragen 7.089.238,95 €. Die vereinbarte Selbstbeteiligung der Stadt Ansbach von 5 % beträgt 354.461,95 €.

Die benötigten Mittel sind nicht im Haushalt 2017 eingeplant und müssen deshalb überplanmäßig bereitgestellt werden. Die Deckung kann im Rahmen der Jahresrechnung 2017 erfolgen.

Herr Porzner erkundigt sich, warum der Betrag noch nicht im Haushalt eingestellt sei, da das Urteil doch schon vom Herbst letzten Jahres sei.

Herr Nießlein erwidert, dass man damals noch nicht wusste, wann die Haftpflichtversicherung welchen Betrag ausbezahlt. Dies sei jetzt erst bekannt geworden.

Beschluss:

Für die vereinbarte Selbstbeteiligung im Schadensfall gegen die Fa. Südfleisch GmbH werden Mittel i.H.v. 354.461,95 € überplanmäßig bereitgestellt (HSt. 01.0300.6448)

Die Deckung erfolgt im Rahmen der Jahresrechnung 2017.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Robert-Limpert-Stele vor dem Rathaus; Vorstellung des Entwurfs

Der TOP wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

TOP 6 Anfragen/Bekanntgaben

6.1. Einführung Briefwahl für Bürgerentscheide

Herr Kleinlein informiert, dass man den Antrag der SPD vom Dezember 2016 nicht vergessen habe, man derzeit aber noch das Vorgehen bei anderen Städten abfrage. Die Behandlung des Antrags wird wahrscheinlich in der nächsten Sitzung erfolgen.

6.2. Gesundheitsregion Plus

Herr Fabi erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Gesundheitsregion Plus.

Herr Nießlein teilt mit, dass die Geschäftsstelle zum 01.08.2016 eingerichtet wurde. Die erste Sitzung des Gesundheitsforums fand bereits statt. Man habe drei Arbeitsgruppen und deren Mitglieder festgelegt. Die ersten Sitzungen der AGs finden im März statt. Er wird dann in der AG Gesundheit des Stadtrates berichten.

TOP 7 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Bei Beschluss 3b NÖ entfällt die Geheimhaltung:

Beschluss:

Die Stadt Ansbach beauftragt den BKPV, beim gKU ANregiomed sowie bei dessen Tochter MVZ ANregiomed GmbH bzw. deren Rechtsvorgängern MVZ Region Franken GmbH und MVZ Klinikum Ansbach GmbH, eine Sonderprüfung gem. Art. 106 GO i.V.m. § 53 HGrG und § 12 Abs. 3 und 4 der Unternehmenssatzung ANregiomed sowie § 16 der Unternehmenssatzung der MVZ ANregiomed GmbH durchzuführen.

Die Prüfung soll u.a. folgende Fragen bzw. Themenfelder umfassen:

A) wirtschaftliche Führung des Unternehmens

1. die kontinuierlichen Abweichungen vom Wirtschaftsplan
   (Abweichungen Prognosen vom Ergebnis)
2. wurden durch den Vorstand Frau Conrad unzutreffende Informationen über den finanziellen Status des Unternehmens gegeben
3. „Missmanagement“ – wurde durch ein Handeln oder Unterlassen der Leitungsebene dem Unternehmen Schaden zugefügt
4. Projektmanagement (Leistung, Controlling, Wirksamkeit)
5. Notwendigkeit der Beauftragung externer Leistungen (insbesondere Beratung)
6. Personalaufwand der Leitungsebene/Personalausstattung Verwaltung im Verhältnis zum Gesamtunternehmen
   (auch im Hinblick auf Punkt 5)
7. Personalkostenschlüssel im Vergleich zu anderen Kliniken (z.B. außertarifliche Bezahlung?)

8. finanzielle Auswirkungen der Privatisierungen bzw. Auslagerungen von Leistungen (Bsp. Labor, Apotheke) und ob dies dem Unternehmen tatsächlich Vorteile gebracht haben (qualitativ, finanziell)
9. Ausschreibungen von ANregiomed (insbesondere Rechtmäßigkeit?)
10. Sachaufwand (z.B. im Vergleich zu anderen Krankenhäusern/Verbünden; auch mit Blick auf Punkt 8)
11. interne Verrechnungen generell
12. Möglichkeiten zur Steigerung des Marktanteils / Gründe für geringen Marktanteil (nur 48 % Marktdurchdringung)
13. Überlebensfähigkeit von ANregiomed in aktueller Struktur

B) Bereich Verwaltungsrat

14. Entscheidungen des Verwaltungsrates im Rahmen der Fusion
15. die vorzeitige Vertragsverlängerung von Herrn Dr. Goepfert
16. die Vorgehensweise um die Ernennung von Frau Conrad zur Nachfolgerin von Herrn Dr. Goepfert
17. Sinnhaftigkeit der Unternehmensform gKU - hätte durch Wahl einer anderen Unternehmensform eine andere Entwicklung erreicht werden können?
18. hätte das Vorliegen eines Medizinkonzeptes vor der Fusion zu anderen Bewertungen/Entscheidungen im Rahmen der Fusion führen können

C) Bereich MVZ

19. war der finanzielle Aufwand für die Gründung der MVZs + den Kauf von Arztsitzen gerechtfertigt. Wurde unter Umständen zum falschen Zeitpunkt zu viel Geld aus dem Unternehmen gezogen
20. die Betätigung der MVZ
21. die Verrechnungen der MVZ mit ANregiomed

Diese Punkte werden von der Verwaltung nach Klärung mit dem BKPV, ob dieser zur Prüfung der jeweiligen Aufträge konkret in der Lage ist, als Prüfaufträge formuliert.

Für die Prüfung werden voraussichtlich Kosten von bis zu 100 EUR je Prüferstunde anfallen. Sollten die Gesamtkosten den Betrag von 50.000 EUR übersteigen, beschließt der Stadtrat erneut über eine eventuelle Änderung des Prüfungsumfangs.

Die Geheimhaltung des Beschlusses wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Ja 33 Nein 1
Mehrheitlich beschlossen.

Auflageverfahren

Die Niederschriften über die Sitzungen des Stadtrates vom 29.11.2016 und 05.12.2016 wurden durch Auflage genehmigt.

Carda Seidel Oberbürgermeisterin	Barbara Jakob Schriftführer/in